

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Freitag, den 27. September

1918

Nr. 227

Erneuter feindlicher Durchbruchversuch gescheitert.

Der Weltkrieg.

Bericht der deutschen Heeresleitung.

Straßen-Explosionsakt, 26. Sept. Umf. WTB. Straßb.

Befehliger Kriegsführungsplan:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Vorkämpfe in der Lysleberung, nördlich vom La Bassée-Kanal und bei Roubaix.

Heeresgruppe Boehn: Heftiges Feuer des Feindes südlich von Epehy, und bei Villerscourt folgten nur Teilvordränge, die abgewiesen wurden. Zwischen dem Omignonbach und der Somme setzte der Feind seine Angriffe fort. Der erste Ansturm brach in dem zusammengeschlossenen Feuer unserer Artillerie und Infanterie zusammen. Das Schwerkriegsgewicht des am Vormittag mehrfach wiederholten Angriffs richtete sich gegen die Höhe zwischen Pontres und Orcourt; vorübergehend setzte der Feind auf ihr Fuß. Im Gegenstoß nahmen wir sie wieder. Am Nachmittag setzte der Feind neue Angriffe an, die bis auf kleine Einbruchstellen abgewiesen wurden. Wir machten hier in den letzten Tagen mehr als 200 Gefangene.

Heeresgruppe Deulicher Kronprinz: Bei feindlicher Angriffsunternehmung nördlich von Adenant (zwischen Allette und Alene) machten wir Gefangene. Nördlich von Beaulieu schlugen wir Teilangriffe des Feindes ab.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Südlich der Maas wurde ein Teilangriff des Feindes abgewiesen. Die dort kämpfenden Gruppen der 31. Landwehrbrigade nahmen im Gegenstoß 50 Franzosen und Amerikaner gefangen.

Aus feindlichen Geschwadern, die Frankfurt a. Main und Kassel angriffen, wurden 7 Flugzeuge abgeschossen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Sonderbericht der Heeresgruppe Herzog Albrecht: Nicht selten der Feind drangen kleine feindliche Abteilungen in vorgeschobene Teile unserer Stellungen ein; im Gegenangriff wurden sie wieder zurückgeworfen, 50 Gefangene blieben dabei in unserer Hand. In der übrigen löchriglichen Front wurden meistens stärkere feindliche Patrouillen abgewiesen, sonst keine besondere Geschehnisse.

Aus feindlichen Bombengeschwadern, die unser Heimatgebiet anfliegen, wurden 7 Flugzeuge hinter unseren Linien abgeschossen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Der Taler spricht:

Bin ich ein Nichts,
Des Mühsens und Schweißens
Und Wahrens nicht wert?
Wer schmiedet aus mir
Das deutsche Schwert?
Da hat ihn die „Neunte“
Schweigend genommen:
Er ist in die rechte
Schmiede gekommen.

Seekrieg.

Die U-Boote an der amerikanischen Küste.

San, 25. Sept. WTB. Den vorgestrigen Berichten über die deutschen U-Boot-Operationen an der amerikanischen Küste ist nach den amerikanischen Blättern folgendes hinzuzufügen: Der „New York Times“ vom 14. August zufolge waren seit dem ersten Erscheinen eines deutschen Tauchboots in den amerikanischen Gewässern vom 18. Mai bis 13. Aug. insgesamt 31 Schiffe versenkt worden.

Die zunehmende Frequenz der Angriffe Mitte August erregte allgemeine Unmuthen und gab, der genannten Zeitung zufolge, zu einer langen Kabinettsitzung Anlaß. Am gleichen Tage wurde der Fischereischoner „Karl Kelle“, sowie der norwegische Dampfer „Sommerstad“ (3875 Tonnen) versenkt, der seit Mitte Mai aus 12 norwegische Opfer war. — „Sonntag Post“ vom 16. Aug. meldet die Versenkung des brasilianischen Motorschiffes „Kakagaba“ (1613 Tonnen), unweit Rockfolk. Der „New York Times“ vom 22. Aug. zufolge richtete die bereits erwähnte deutsche Besatzung des „Triumph“ auf den Kreuzer der Bänken erheblichen Schaden an. Sie versenkten nach einer Montevideo Meldung die ganze 9 Schoner gehende Fischereiflotte der Maritime Fish Corporation. Das begleitende Tauchboot versenkte den Schoner „Jala Gade“. Im Senat erhoben heftiges Recumbent und Postreife scharfe Beschwerden gegen die Marineleitung, weil sie der Unterseeboots nicht Herr zu werden vermöge. Der Vorsitzende des Marinestabes, Lodge, versicherte, daß alles zur Bekämpfung geschehe. — Einer Vorkriegs-Preß-Meldung vom 23. August zufolge wurde vom 16. bis 22. August ein amerikanischer Dampfer „Dion“ (4700 Tonnen) nach kurzem Feuergefecht versenkt. — „New York Times“ vom 27. August enthält die kurz zuvor unweit Halifax erfolgte Versenkung des britischen Dampfers „Ear“ (600 Tonnen), sowie 4 amerikanischen Fischereischoner bei Niquelien-Inseln. An vorwiegend amerikanischen Schiffen in Irland und Galloway wurden bekannt gegeben: Am 21. August „Monkman“ (6650 Tonnen), am 23. Aug. Transportschiff „Lake Eden“, Frachtdampfer „West Bridge“ (8800 Tonnen), „Eubera“ (7300 Tonnen).

Ein schwedisches Kanonenboot gesunken.

Stänger, 24. Sept. WTB. Nagol. Das schwedische Kanonenboot „Gunde“ ist 6 Meilen von Stänger auf eine Mine gestoßen. Von der Besatzung sind der Führer und 19 Mann errettet. Zwei Torpedoboote kamen mit dem übrigen 10 Mann in den Hafen. Einer war tot, einer schwer, 3 leicht verwundet und 5 unversehrt. Man glaubt, daß die Mine zu einem ganz neuen Minenschiff gehörte.

Die Aussprache im Hauptausschuß.

Berlin, 23. Sept. WTB. Der Hauptausschuß des Reichstags trat heute im Anschluß an die gestrigen Ausführungen vom Regierungssitz in die Aussprache über die allgemeine politische Lage ein. Auch heute wohnten der Sitzung bei der Reichskanzler, eine Reihe von Staatssekretären, Ministern und Bundesratsvorsitzenden, sowie außer den Mitgliedern des Ausschusses zahlreiche Abgeordnete als Zuhörer. Abgeordneter Gröber (3.): Von größter Bedeutung für den glücklichen Ausgang des Krieges ist die Einheitspolitik der inneren Front, die Ueberstimmung von Regierung und Volk. Diese ist wesentlich gefördert worden durch die Rede des Reichskanzlers v. Beyer in Stuttgart, der ein Regierungsprogramm entwickelt, das auch die Zustimmung der Obersten Heeresleitung gefunden hat. Auf dem Boden dieses Programms können die Parteien treten und an seiner Durchführung mitarbeiten. Notwendig zur Gewissung und Sicherung des vollen Vertrauens unseres Volkes ist die völlige Offenheit unserer Politik. Den Randstaaten, die sich im eigenen Interesse Deutschland gegenüber haben, müssen wir entgegenkommen. Das Selbstbestimmungsrecht muß in der Praxis geachtet werden. Unter keine Umständen darf die bisherige preussische Außenpolitik aufrechterhalten werden. Auf dem Gebiete der inneren Politik bildet die Frage des Belagerungszustandsgesetzes den Gegenstand fortwährender Besprechungen. Ich erwarte noch heute eine Erklärung des Reichskanzlers, was er in dieser Frage zu uns gedenkt. — Abg. Scheidemann (Soz.) sagte, in diesem Jahre sei weder der militärische Sieg noch der Friede erreicht worden. Wir leiden an Unterschätzung der Gegner. Andererseits ist der Glaube unserer Gegner, Deutschland zerbrechen zu können, eine Illusion. Je gewaltiger die Gegner auf den Kriegsausschlüssen auftreten, desto mehr wird auch unsere Volkskraft in den Dienst der Abwehr gestellt werden können, insbesondere dann, wenn man dem Volke mit volkstümlichen Rejoinden kommt. Der Friede von Brest-Litowsk entspricht nicht unseren Anschauungen. Die Rede Meyers in Stuttgart war nicht klar und offen genug. Ein Friede, wie wir ihn für richtig halten, hätte uns die Möglichkeit geboten, sämtliche Truppen vom Osten nach dem Westen zu werfen. Der Friede von Brest erscheint mir als Friedenshindernis. Die Königspolizei bei den Ostbalken muß aufhören. Die Entlassung

des früheren Staatssekretärs von Rühlmann hat dem Friedensgedanken geschadet. Als Herr von Rühlmann ein Wort sprach, das den hohen Militärs nicht geschmeichelt war, verschwand er augenblicklich vor jedem Posten. So können die Dinge nicht weiter gehen. Einmal muß es offen ausgesprochen werden, daß Ludendorff regiert, nicht Herrling. In der belgischen Frage hätte früher und ganz anders geredet werden müssen. Der Unterseebootskrieg hat uns Amerika auf den Hals gehetzt. — General von Wrisberg führte aus: Der Erfolg des preussischen Kriegeministers, der von dem Barredner angezogen wurde, richtete sich nicht gegen die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917. Dem Kriegeminister war bekannt geworden, daß die Zentralstelle für Völkerrecht in ihren Versammlungen über den Komplex jener Entschlüsse hinausging. Infolgedessen erging die Anweisung an die Generalkommandos. Die Verfügung des preussischen Kriegeministers über die Wahlrechtsfrage ist längst zurückgezogen. — Abg. Fischbeck (F. V.) erklärte: Wir hoffen bestimmt, auf eine baldige Besserung der politischen Lage, die auch jetzt noch nicht befriedigt. Die preussische Wahlrechtsvorlage ist eingebracht worden, um mit dem Volke, nicht allein mit einer privilegierten Klasse zusammenarbeiten zu können. Nun muß die Regierung zeigen, daß es ihr ernst mit der Vorlage ist. Die Völkerverständigung unterstützt wir christlichen Herzens. Auf Hindenburg und Ludendorff setzen wir großes Vertrauen, aber sie sind hineingerissen worden in den politischen Zwiespalt. Die oberste Heeresleitung hat wiederholt eine andere Politik geübt als die Reichsleitung. Mit Bezug auf die Vorgänge in Finnland, Russland und Ost-Asien bemerkte der Redner, die politische Lage sei noch nicht so, daß die Ignoranz sich darüber unterhalten könnte, wie sie ihre eigene Hausmacht verwahren. — Abg. Straßmann (Natl.) erklärte, das Zentrum habe kund gethan, daß es sich auf den Boden des Regierungsprogramms, das der Reichskanzler v. Beyer in Stuttgart entwickelt, stellen werde. Das könne auch er namens seiner Fraktion erklären, die dabei von denselben Gesichtspunkten geleitet werde, wie im Herbst 1917. Die Ausführungen des Staatssekretärs von Hünneke haben andere Zustimmung gefunden. Wir freuen uns, in ihm einen so hervorragenden Kenner der osteuropäischen Verhältnisse zu haben. Er wird die volle Zustimmung des Parlaments haben, wenn er den Anstrengungen entgegentritt, die darauf hinausgehen, einen Umsturz der heutigen russischen Verhältnisse durch deutsches Eingreifen herbeizuführen. Wir sind damit einverstanden, daß mit den Randstaaten bald Konventionen abgeschlossen werden, die eine Befestigung der dortigen Verhältnisse ermöglichen. Die Besatzungsbestrebungen, die in Russland von der Militärverwaltung eingeleitet wurden, finden unsere Billigung. Auch den russischen Forderungen stimmen wir zu, die in ihrer Gesamtheit Deutschlands und Russlands Interessen wahren. Die Verhältnisse in Rumänien erfordern unsere größte Aufmerksamkeit. Den Ententemächtern in Sofia muß mit größter Energie entgegengetreten werden. In Bezug auf Belgien widerspreche ich der Auffassung, daß Belgiens Schicksallosigkeit erloschen sei. Die Regierung sollte uns Gelegenheit geben, ihr Material kennen zu lernen, um den falschen Auslegungen der Entente entgegenzutreten zu können. Die Differenzen zwischen der Militärverwaltung und der politischen Leitung auf dem Gebiete der Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes sind bedauerlich. Wir erhoffen in Bezug auf die Wahlrechtsfrage eine Verständigung auf dem Boden der Vorlage zwischen Regierung und Reichshaus. Hieran wurde die Aussprache auf Donnerstag vertagt. Heute nachmittags wird eine geheime Sitzung zur Entgegennahme einer ausführlichen Unterrichtung über die militärische Lage stattfinden.

Berlin. Zu den gestrigen Verhandlungen im Hauptausschuß schreibt das „Berliner Tageblatt“: Auch Herr Gröber, der für das Zentrum das Wort ergriff, schloß sich über die Parlamentarisierung und das Mindestprogramm der Sozialdemokratie aus. Er geht zu den Herrling-Beitragern im Zentrum und schob nicht ungeschicklich die Aussprache auf ein anderes Giebis, griff die vom Reichsausschuß der Sozialdemokratie vorgebrachten Beschwerden über die militärische Nebenregierung an und unterstützte damit das Kabinett in seinen bisher misslungenen Versuchen einer Entmilitarisierung der Politik. Im „Vorwärts“ heißt es über die gestrigen Redner: Alle wandten sich in mehr oder minder scharfer Abtönung gegen das System der Militärpolitik, die die Zivilregierung zu ihrer Puppe erniedrigt. Die Ueberprüfung des Tages war die Rede Gröbers, der als stärkste Stütze der Regierung Herrling bekannt ist. — Weiterhin schreibt dann der „Vorwärts“: Wie wir hören, ist aus Anlaß des



